

Zusammenfassung

- Die Kampagne „Wir lieben Steuern“ problematisiert die unzureichende Finanzierung des Sozialstaats und die ungerechte Verteilung der Steuerbeiträge.
- Mindestpensionen, Kindergärten, Pflege: Der Sozialstaat erweitert die Handlungsräume für Frauen
- Männer profitieren stärker von Steuersenkungen als Frauen. Beim Familienbonus gehen 3 von 4 Euro an Männer.
- 60% aller Staatsausgaben werden für Sozialleistungen aufgewendet, davon sind zwei Drittel Geldleistungen.
- Hierfür notwendige Staatseinnahmen speisen sich jeweils zu ungefähr einem Drittel aus Sozialbeiträgen, direkten und indirekten Steuern.

Sozialstaat: Von der Geburtenstation bis zur Pension

Im Laufe des Lebens kommt der Sozialstaat jeder und jedem immer wieder zugute. Im Kindesalter werden Kindergärten, Schulen und Geldleistungen wie die Familienbeihilfe finanziert. Später im Erwerbsalter sind die meisten Menschen Nettozahler*innen. Dennoch kann jede*r mit einer Situation konfrontiert werden, in der er oder sie vom Sozialstaat aufgefangen wird, etwa bei Arbeitslosigkeit, Unfall oder Krankheit. Im Alter schließlich beziehen die Menschen Pensionszahlungen und Pflegeleistungen und zählen in diesem Lebensabschnitt wieder zu den Nettoempfänger*innen.

Abb. 1: Kampagne „Wir lieben Steuern“



Quelle: Femme Fiscale, 2020

Kampagne „Wir lieben Steuern“

Von der Politik der leeren Kassen hin zu öffentlichen Finanzen in Fülle: Das feministische Netzwerk „Femme Fiscale“ problematisiert mit der Kampagne „Wir lieben Steuern!“ die unzureichende Finanzierung für sozialstaatliche Leistungen sowie die **ungerechte Verteilung der Steuerbeiträge**. Steuergerechtigkeit, ein fairer Beitrag von Konzernen, Vermögenden und der Einkommenselite sind für eine gerechtere Gesellschaft unerlässlich.

In den Industriestaaten war die wirtschaftliche Ungleichheit in den letzten 30 Jahren nie höher als heute. Trotzdem dominiert die Rhetorik der „Steuerlast“, bei der ausgeblendet wird, dass **Steuereinnahmen das Fundament für öffentliche Leistungen**, für eine gerechtere Verteilung und den gemeinsamen Wohlstand aller sind.

Fast 60 Prozent aller Staatsausgaben für Sozialleistungen

Das breite Angebot an Leistungen ist mit Kosten verbunden. Gemäß ESSOS Sozialschutzstatistik wurden 109,3 Milliarden Euro im Jahr 2018 in Österreich für Sozialausgaben aufgewendet, das entspricht 58% der gesamten Staatsausgaben von 187,6 Mrd. Euro (gemäß VGR). Rund zwei Drittel der Sozialleistungen fließen in Form von Geldleistungen, vor allem für Pensionsleistungen. Das restliche Drittel wird in Form von Dienstleistungen, vor allem Gesundheitsleistungen, aufgewendet.

Sozialstaat: Besondere Stütze für Frauen

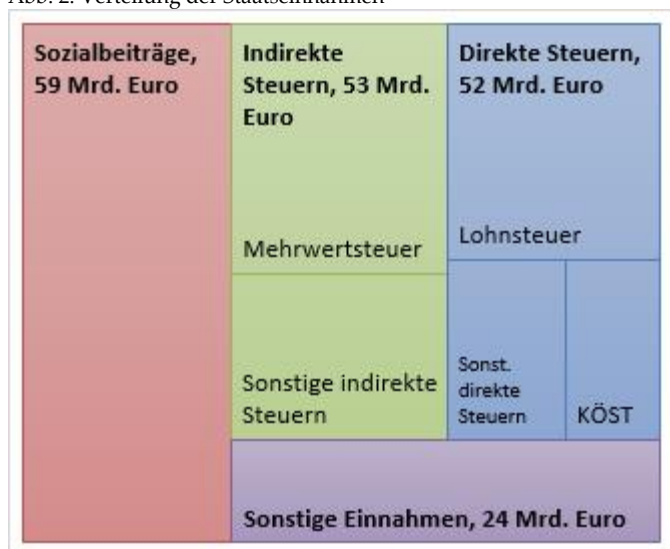
Vor dem Hintergrund, dass Frauen immer noch deutlich weniger als Männer verdienen, während sie den größten Teil der unbezahlten Sorge- und Hausarbeit erledigen, stellt der Sozialstaat vor allem für Frauen eine besondere Unterstützung dar. Einerseits **ermöglichen finanzielle Leistungen wie die Mindestpension Frauen überhaupt erst ein Auskommen**, andererseits wird die Teilnahme am Arbeitsmarkt erleichtert, indem der Staat etwa Kindergärten und Horte, sowie Pflegeeinrichtungen und Altersheime zur Verfügung stellt. Allerdings besteht in Österreich weiterhin großer Aufholbedarf, denn nach wie vor steht bei weitem nicht jedem Kind und jeder pflegebedürftigen Person einen Betreuungsplatz zur Verfügung.

Männer profitieren auf Grund höherer Einkommen stärker von Steuersenkungen als Frauen. So kommen etwa beim 2018 beschlossenen **Familienbonus 3 von 4 ersparten Euro Männern zu Gute**. Gleichzeitig führt der Familienbonus zu Mindereinnahmen von rund 1,5 Mrd. Euro – eine Summe, mit der die aktuellen Pflegeausgaben um ein Drittel erhöht werden könnten.

Gerechtes Steuersystem: mehr Vermögensbezogene Steuern

Die Einnahmen, die zur Erbringung der Sozialleistungen erforderlich sind, werden allen voran durch Sozialbeiträge aufgebracht (58,8 Mrd. €, bzw. 31,2% der Staatseinnahmen). Eine fast genauso große Rolle spielen direkte Steuern, darunter die Lohnsteuer (52,2 Mrd. €, bzw. 27,7% der Einnahmen) sowie indirekte Steuern darunter die Mehrwertsteuer (53,4 Mrd. € bzw. 28,4% der Einnahmen).

Abb. 2: Verteilung der Staatseinnahmen



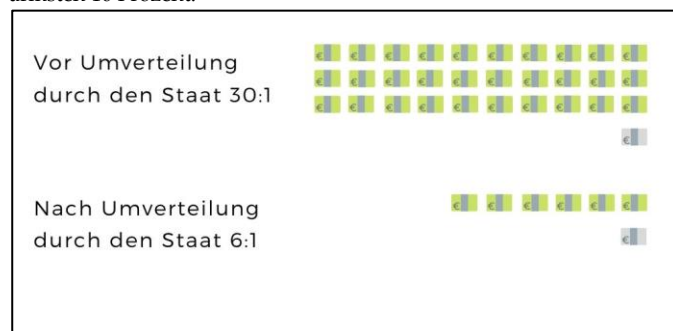
Quelle: Statistik Austria, Einnahmen und Ausgaben des Staates

Vermögensbezogene Steuern hingegen spielen in der Finanzierung des Österreichischen Sozialstaates nur eine stark untergeordnete Rolle. Durch das **Fehlen von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuern** (sowie einer geringen Höhe der Kapitalertragsteuer) ist Österreich im internationalen Vergleich weit abgeschlagen. Um die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates zu stärken und die Belastung weg von der Arbeit und hin zum Kapital zu verschieben empfehlen Organisationen wie die OECD und die Europäische Kommission vermögensbezogene Steuern einzuführen bzw. zu erhöhen. Auch internationale Konzerne wissen es durch Steuertricks ihren Beitrag auf ein Minimum zu reduzieren und leisten somit keinen oder nur geringen Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaats.

Durch Umverteilung die Schere zwischen Arm und Reich schließen

Der österreichische Sozialstaat wirkt der zunehmenden Ungleichheit entgegen. Mit einer Abgabenquote von knapp 43 Prozent hat die öffentliche Hand genügend Spielraum, um Maßnahmen für eine gerechtere Verteilung zu ergreifen. Dies passiert in Österreich vor allem dank positiver Verteilungswirkung der Staatsausgaben. Ein Beispiel: Ohne öffentliches Schulsystem würden die Ausbildungskosten für die nächste Generation bei Haushalten mit wenig Einkommen 40 Prozent des monatlichen Verdiensts verschlingen. Insgesamt **sorgt der Sozialstaat für mehr Gleichheit**, wie Abbildung 3 zeigt: Ohne Sozialstaat wären die Einkommen der reichsten 10 Prozent 30 mal so hoch wie jene der ärmsten 10 Prozent. Der Sozialstaat reduziert dieses Verhältnis auf das 6-fache.

Abb. 3: Einkommensverhältnis der reichsten 10 Prozent zu den ärmsten 10 Prozent.



Quelle: WIFO: Umverteilung durch den Staat

Sozialstaat stärken

Für eine Gesellschaft, die ein gutes Leben für alle ermöglicht, braucht es einen starken Sozialstaat, der Menschen in schwierigen Lagen und in Krisenzeiten unterstützt und eine gute Betreuung, Bildung, Gesundheit und Pflege für alle garantiert.

Dieser Ausbau kann finanziert werden, indem die Vermögenden einen **gerechten Beitrag zum Sozialstaat** leisten. Dafür braucht es die Einführung wirksamer vermögensbezogener Steuern und eine internationale Strategie zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung.

Weitere Infos und Quellenangaben

- AK Budgetanalyse 2018-2022: <https://emedien.arbeiterkammer.at/>
- WIFO: Umverteilung durch den Staat in Österreich: <https://www.wifo.ac.at/>
- Statistik Austria, Einnahmen und Ausgaben des Staates 2018: <http://www.statistik.gv.at/>
- ESSOS Sozialschutzstatistik: <http://www.statistik.at/>